

## Eine Frage der Wertschätzung

Noch nie ging es den Rentnern so gut wie heute. In den letzten fünf Jahren klingelte es Ende Juli auf dem Konto und wieder war die Rente um rund drei Prozent höher als zuvor, auch 2020. 21 Millionen Rentner gibt es in Deutschland, ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Wenn man sich die aktuelle Diskussion um die Grundrente anschaut, so ist von 1,5 bis 1,8 Millionen Senioren die Rede, die von einer Grundrente profitieren werden, also 8,6 Prozent.

Über die Ungerechtigkeiten bei der Rente zu sprechen, würde den Rahmen sprengen. Immerhin ist dem Gesetzgeber 2014 aufgefallen, dass die Mütter und Väter, die sich, anstatt einem „ordentlichen Beruf“ nachzugehen, um ihre Kinder gekümmert haben. 2019 ist die „Mütterrente“ angestiegen. Dass Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall immer noch aus zwei Gebieten mit unterschiedlich hoher Rente besteht, ist und bleibt inakzeptabel.

Ein Sozialstaat zeichnet sich dadurch aus, wie er mit seinen älteren Menschen umgeht. Das ist eine Frage der Wertschätzung. Wenn den Rentnern jetzt ein Rotzlöffel der Jungen Union vorrechnet, dass sie „dem Staat“ 100 Milliarden Euro kosten, was fast ein Drittel des jährlichen Bundeshaushalts darstellt, dann ist das alles andere als wertschätzend. Der allergrößte Teil der Rentner hat ein Leben lang gearbeitet und nicht nur Steuern gezahlt, sondern auch Rentenbeiträge, den Soli, die Pflege- und Krankenversicherung. Es wurde also kräftig in die Rentenkasse eingezahlt. Beim bisherigen Lebensverlauf des 32-jährigen JU-Vorsitzenden ist nicht erkennbar, dass er bislang viel in die Rentenkasse eingezahlt hat. Warum die Vorsitzenden der Jugendorganisationen häufig jetzt schon viel älter aussehen als sie sind, ist eine andere Frage.

Der JU-Chef befürchtet eine drohende Belastung der jungen Generation durch die Grundrente. Die Junge Union lehne den Kompromiss ab, berichtet n-tv, „nicht, weil wir den älteren Menschen das nicht gönnen, dass sie auch in Zukunft vielleicht ein bisschen mehr Geld im Alter haben“. Sondern? Es geht hier nicht um Gönnertum der jungen an der alten Generation. Rentenansprüche erwirbt man durch fleißiges Arbeiten, weniger durch Dummschwätzen. Und wenn es in unserer Gesellschaft aus welchem Grunde auch immer nicht vergönnt war, 35 oder mehr Jahre zu arbeiten, dem muss der Staat helfen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Und wer trotz langer Berufstätigkeit in geringen Lohnbereichen tätig war,

dem muss der Staat das Geld geben, das gebraucht wird, um über die Runden zu kommen. Das heißt nicht, nur gerade so viel zu haben, dass man seine Miete und den wöchentlichen Gang zu Lidl bezahlen kann, sondern auch mal eine Kinokarte oder eine Reise möglich ist.

Die jungen Klugscheißer, die heute Angst um ihre spätere Rente haben, sollten einmal nachrechnen, was es ihren Eltern gekostet hat, bis sie durch alle Studiengänge ihre Fettpölsterchen angefüllt haben. Immerhin scheint der JU-Vorsitzende **Tilman Kuban**, um auch mal seinen Namen zu nennen, seit 2016, mit 29 Jahren, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, steht jedenfalls bei Wikipedia. Bei den Unternehmerverbänden Niedersachsens soll er als Leiter Recht und Nachhaltigkeit tätig sein. Ein Job, der ihm offensichtlich erlaubt, einer umfangreichen, hoffentlich ehrenamtlichen, Tätigkeit als Nachwuchspolitiker nachzugehen.

Die Vorrechnerei, was „dem Staat“ die Rentner kosten, ist unerträglich. Wir erinnern uns an einen früheren JU-Vorsitzenden, der die Ansicht vertrat, dass künstliche Hüftgelenke für sehr alte Menschen nicht mehr auf Kosten der Solidargemeinschaft finanziert werden sollten. Was für ein Menschenbild herrscht bei der Jungen Union vor?

Richtig ist, dass immer weniger Arbeitnehmer immer mehr dafür sorgen müssen, dass die Renten sicher bleiben. Woran liegt das? Vielleicht sollte es mehr Arbeitnehmer geben, mehr Kinder geboren werden, und vielleicht sollten einige etwas früher in ihrem Leben anfangen, sich an den Gemeinschaftskosten zu beteiligen. Außerdem könnte der Staat mehr Steuern einnehmen, wenn er die zahlreichen Schlupflöcher stopfte und weniger Geld für Unsinniges verschwendete.



Es ist ein Armutszeugnis, wenn Parteien in Wahlkämpfen für Gerechtigkeit werben. Wie kann es sein, dass 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik „knapp 80 Prozent der Deutschen meint, dass es an sozialer Gerechtigkeit fehle.“ *Q: WirtschaftsWoche*

Ja, es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, eine Grundrente und klügere Leute in der JU.

**Ed Koch**